

Staatszeitung

Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz



Herausgegeben von der Staatskanzlei im Auftrag der Landesregierung

Nr. 30 / 63. Jahrgang, Montag, 20. August 2012

Ausgabe A
Postvertriebsstück · Entgelt bezahlt · G 6436
Oppenheimer Druckhaus GmbH 55286 Wormsstadt

Landes-Athleten erfolgreich

Beck und Lewentz gratulieren den Olympioniken

Ministerpräsident Kurt Beck und Innenminister Roger Lewentz haben bei der Rückschau auf die Olympischen Spiele in London die herausragenden Leistungen der Athletinnen und Athleten aus Rheinland-Pfalz gewürdigt.

„Zweimal Gold, einmal Silber und zweimal Bronze für Sportlerinnen und Sportler aus unserem Land – das kann sich wirklich sehen lassen. Ich denke, wir dürfen stolz sein auf die Erfolge, die das Team Rheinland-Pfalz errungen hat“, sagte der Ministerpräsident.

Innenminister Roger Lewentz, der für den Sport und die Sportförderung in Rheinland-Pfalz zuständig ist, stellte fest: „Wenn 19 Leistungssportlerinnen und -sportler aus unserem Land zu den Olympischen Spielen fahren und fünf davon mit einer Medaille zurückkommen, ist das eine Riesensache. Und die anderen 14 sind zum Teil ja nur hauchdünn daran vorbeigeschrammt, auch aufs Treppchen zu kommen. Deswegen muss die Gesamtleistung des Teams Rheinland-Pfalz auch ausdrücklich gewürdigt werden.“

Diese Würdigung werden die Athletinnen und Athleten aus Rheinland-Pfalz am kommenden Freitag noch einmal persönlich erfahren, wenn der Landessportbund (LSB) in Worms einen festlichen Empfang für die aus London zurückgekehrten Olympioniken ausrichtet.

Bei den Olympischen Spielen in London traten 19 Sportlerinnen und Sportler aus Rheinland-Pfalz an. Goldmedaillen errangen der Ruderer Richard Schmidt vom RV Treviris Trier mit dem Deutschland-Achter und Bahnradsprinterin Miriam Welte aus Kaiserslautern im Teamsprint. Mit der Silbermedaille im Siebenkampf kehrte Lilli Schwarzkopf von der LG Rhein-Wied nach Hause zurück. Florettfechter Peter Joppich von der Coblenzer Turngesellschaft 1880 ergatterte mit der Nationalmannschaft die Bronzemedaille und auch der Stabhochspringer Raphael Holzdeppe vom LAZ Zweibrücken errang nach einem überaus spannenden Wettkampf mit neuer persönlicher Bestleistung Bronze.



Ministerpräsident Kurt Beck und Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm eröffneten gemeinsam mit dem Team von RPR1. das Rheinland-Pfalz Open Air 2012. Foto: Wallrath



Treffen des Kabinetts mit dem LVU-Vorstand im Gästehaus des Landes. Foto: Sämmer

Die Ausgangslage ist stabil

Das Kabinett tagt gemeinsam mit dem LVU-Vorstand

In einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit dem Vorstand der Landesvereinigung Unternehmerverbände (LVU) Rheinland-Pfalz haben Ministerpräsident Kurt Beck und Wirtschaftsministerin Eveline Lemke die gesamtwirtschaftliche Lage als „stabil“ bewertet und die Anstrengungen für eine zukunftsfähige Entwicklung gelobt. Sie würdigten den bedeutenden Anteil der ansässigen Unternehmen für Wohlstand und Lebensqualität im Land. Die rheinland-pfälzische Industrie beschäftigt rund 250 000 Menschen und erwirtschaftet einen Umsatz von rund 76 Milliarden Euro pro Jahr – fast jeder dritte erwirtschaftete Euro kommt von ihr.

„Rheinland-Pfalz braucht auch in der Zukunft eine wettbewerbsfähige Industrie, um seinen Wohlstand zu halten und Lösungen für die zentralen Zukunftsherausforderungen im Bereich Energie, Klimaschutz, Mobilität, Gesundheit und demografischem Wandel zu entwickeln“, betonte Beck. „Auf diesem Weg setzt die Landesregierung auf Austausch mit den Unternehmen und bietet Unterstützung.“

So erarbeitet das Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung derzeit einen „Masterplan Industrieentwicklung“ unter Beteiligung der LVU, des Deutschen Gewerkschaftsbundes Rheinland-Pfalz sowie der Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz. Lemke: „In diesem Prozess ist die Verständigung über Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges industrielles Wachstum, Erhalt und Neuan siedlung von Unternehmen, ein hohes Beschäftigungsniveau in Rheinland-Pfalz sowie die Sicherung und den Ausbau sozialer Standards für die Beschäftigten ein wichtiges Ziel. Am Ende stehen konkrete Handlungsempfehlungen.“

Ministerpräsident Beck und Wirtschaftsministerin Lemke betonten, dass eine gut ausgebaute und verlässlich

funktionierende Infrastruktur zu den wesentlichen Merkmalen des Wirtschaftsstandorts zähle. „Zur Erhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit muss das hohe Niveau der Energieversorgungssicherheit auch mit dem Ausbau der Erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung gewährleistet bleiben. Die Integration der Erneuerbaren Energien und insbesondere der fluktuierenden Stromerzeugung aus Wind und Sonne in ein sicheres Qualitätsstromnetz ist eine wesentliche Anforderung für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Rheinland-Pfalz ist hier auf einem sehr guten Weg“, so Beck und Lemke.

Beim Thema Energiewende betonten die Wirtschaftsvertreter die Bedeutung einer sicheren und zuverlässigen Stromversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. „Andernfalls droht uns in Rheinland-Pfalz eine massive Deindustrialisierung“, sagte LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun.

Übereinstimmung herrschte beim Thema Tarifeinheit. Seitdem das Bundesarbeitsgericht vor zwei Jahren den Grundsatz der Tarifeinheit aufgab, habe sich bereits mehrfach gezeigt, wie wichtig eine gesetzliche Regelung zur Wahrung des Betriebsfriedens und zur Sicherung der Tarifautonomie ist. „Gemeinsam mit der Landesregierung fordern wir daher eine bundesgesetzliche Regelung der Tarifeinheit, um Rechtsklarheit für den Fall einer Kollision unterschiedlicher Tarifverträge zu schaffen“, so Braun. Die von Tarifverträgen ausgehende Friedenspflicht sei ein Standortvorteil, der in jedem Fall bewahrt werden müsse.

Weiterhin wurde bei der gemeinsamen Sitzung berichtet, dass sich die Beschäftigung in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Monaten positiv entwickelt hat und sich gegenwärtig auf dem höchsten Stand seit Jahrzehnten befindet.

60 000 Fans feierten im Regierungsviertel

Bestes Sommerwetter und eine tolle Stimmung beim achten Rheinland-Pfalz Open Air

Bei sommerlichen Temperaturen, gut gelaunten Musikstars und kostenlosem Eintritt kamen über 60 000 Zuschauerinnen und Zuschauer zum achten RPR1.Rheinland-Pfalz Open Air, veranstaltet von der Staatskanzlei und dem Landtag Rheinland-Pfalz sowie dem Radiosender RPR1. und seinem Jugendprogramm bigFM.

Aus Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Bundesländern kamen die Besucherinnen und Besucher bereits am frühen Nachmittag zu Tausenden ins Mainzer Regierungsviertel, um die Stars Nena, Culcha Candela, Marlon Roudette, Gasperlenspiel, Mic Donet, Johannes Strate und die „Newcomer@bigFM“ zu feiern.

„Der großartige Publikumerfolg in den letzten Jahren und auch in diesem Jahr bestätigt uns darin, dass wir mit dem Rheinland-Pfalz-Open-Air einen einzigartigen Mehrwert für die musikbegeisterten Bürgerinnen und Bürger geschaffen haben. Tausende Menschen kommen nach Mainz, um gemeinsam ein buntes Musikfest zu feiern. Schon die Vorbereitungen sind von einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen RPR1., dem rheinland-pfälzischen Landtag und der Staatskanzlei geprägt, eine Zusammenarbeit, die wir gerne auch in Zukunft fortsetzen“, sagte Ministerpräsident Kurt Beck. Besonders erfreut habe ihn auch der rege Betrieb auf dem vom rheinland-pfälzischen Wirtschaftsministerium

initiierten Jugendinfomarkt, ein Forum auf dem sich Organisationen aus dem Non-Profit-Bereich mit allgemeinen Themen präsentierten.

„Auch dieses Jahr bietet RPR1. uns wieder einen hervorragenden Event. Das Team von RPR1. schafft es immer wieder junge und junggebliebene Menschen hier im Parlaments- und Regierungsviertel zusammenzubringen und uns die Gelegenheit zu geben uns zu präsentieren“, bemerkte Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm in ihrer Eröffnungsrede.

RPR1. inszenierte die Bühnenshow der Künstler mit einer spektakulären Licht- und Tontechnik, ausgestattet mit den modernsten Elementen der Eventtechnik – eine unvergessliche Show für die Zuschauer. Das Sicherheitskonzept ging, wie in den Vorjahren, optimal auf: Die Polizei und das Deutsche Rote Kreuz registrierten keine nennenswerten Vorfälle und lobten die Veranstaltung als „friedliches, gut organisiertes Familienfest, bei dem die Menschen sicher und ohne Probleme miteinander feiern konnten“.

RPR1. war in diesem Jahr zum achten Mal offizieller Veranstalter des „RPR1. Rheinland-Pfalz Open Air“ in Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Landtag Rheinland-Pfalz auf der Großen Bleiche in Mainz. Das Festival ist in dieser Form einzigartig,

denn es ist die einzige Musikgroßveranstaltung in einem deutschen Regierungsviertel. Der Landtag fungiert als gewaltiger Backstagebereich mit Künstlergarderoben und Catering. Der Plenarsaal wird zur Interview- und Meet & Greet-Area umfunktioniert und die Dachterrasse dient als Aftershowparty-Location. In den vergangenen Jahren folgten insgesamt mehr als 400 000 Besucher dem Ruf des größten privaten Radiosenders im Südwesten Deutschlands, um Künstler wie z.B. Alphaville, Rihanna, Milow, Sugababes, Simple Minds, Shaggy, Juli, Sunrise Avenue, Die Fantastischen Vier, Christina Stürmer, Stanfour, Robin Gibb oder Ich+Ich auf der RPR1. Open Air Bühne live mitzuerleben.

In der parkähnlichen Atmosphäre des Mainzer Regierungsviertels sorgen zahlreiche Informations- und Erhaltungsangebote sowie Cateringstände für bestes Rahmenprogramm. Die Realisation des Bühnenprogramms wird von über 200 Mitarbeitern der Full-Service-Eventagentur „RPR1. Eventlife“ sichergestellt, die am Veranstaltungstag im Einsatz sind. In den vergangenen Jahren registrierten Polizei und Rettungskräfte keine nennenswerten Vorfälle und lobten die Veranstaltung als „vorbildliches und friedliches Festival, bei dem die Besucherinnen und Besucher fröhlich miteinander feierten.“

Kleine Unternehmen mit guter Exportchance

Ministerin Lemke: Das Programm „Wir öffnen Märkte“ soll motivieren und unterstützen

Mit dem Programm ‚Wir öffnen Märkte 2013‘ will das Wirtschaftsministerium die bewährte Strategie fortsetzen, insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen zu ermutigen und zu unterstützen, sich auf internationalen Märkten zu positionieren. „Wir verstehen uns als Türöffner und Dienstleister für den Mittelstand auf den ausländischen Märkten. Wir möchten alle interessierten rheinland-pfälzischen Unternehmen motivieren, den Sprung über die Grenzen zu wagen und für sich neue, bislang unbekannte Märkte zu erobern. International tätige Unternehmen sind innovativer, schaffen auch im Inland mehr Arbeitsplätze und sind besser gegen Flauten oder Krisen gewappnet“, so Wirtschaftsministerin Eveline Lemke.

Die rheinland-pfälzischen Unternehmen finden internationale Anerkennung, weil sie flexibel und leistungsfähig sind und mit innovativen Produkten auf dem Markt sind. Diese besonderen Stärken haben dazu beigetragen, dass insbesondere der Außenhandel in Rheinland-Pfalz 2011 ein



Wirtschaftsministerin Eveline Lemke

Rekordergebnis erzielte. Güter im Wert von knapp 45 Milliarden Euro wurden exportiert, das sind 11 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese erfreuliche Bilanz

ist das Ergebnis der Auslandsaktivitäten des rheinland-pfälzischen Mittelstandes. „Um diese gute Startposition zu erhalten, möchte ich die rheinland-pfälzischen Unternehmen auch im Jahr 2013 mit vielfältigen Fördermaßnahmen im Exportgeschehen unterstützen“, erklärt Lemke.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Jahr die Zukunfts- und Umwelttechnologien, die Medizintechnik sowie der Maschinenbau und die Automobilindustrie. Interessierte Unternehmen können aus acht Messen, zehn Wirtschaftstreffen, sieben Symposien sowie diversen Informationsveranstaltungen auswählen, was für sie am besten passt. Insbesondere die im Programm angebotenen Wirtschaftsreisen wirken als Türöffner in ausländische Märkte.

„Unternehmen, die über den Sprung auf den Exportmarkt nachdenken, erhalten auf den Veranstaltungen des Programms ‚Wir öffnen Märkte 2013‘ gebündelt Information und Unterstützung“, so Wirtschaftsministerin Lemke.

Staatsbegräbnis für Carl-Ludwig Wagner

Kurt Beck: Mit seinem Lebenswerk um Rheinland-Pfalz verdient gemacht

„Dr. Carl-Ludwig Wagner hat sich mit seinem gesamten Lebenswerk um das Land Rheinland-Pfalz in außerordentlichem Maße verdient gemacht. Die Souveränität, die ihn auszeichnete, bezog er aus der Einsicht, dass Fairness im Umgang miteinander und Respekt vor der Meinung anderer ohne Alternative in einer demokratisch verfassten, pluralistischen Gesellschaft sind.“ Dies sagte Ministerpräsident Kurt Beck beim Staatsbegräbnis für den verstorbenen ehemaligen Ministerpräsidenten, der von 1988 bis 1991 rheinland-pfälzischer Regierungschef war.

Etwa 1000 geladene Trauergäste und zahlreiche Bürgerinnen und Bürger waren in die Trierer Basilika St. Matthias gekommen, in der zuvor Pfarrer Hermann Josef Reckenthaler mit Weihbischof Robert Brahm und dem ehemaligen Abt Präses Ansgar Schmidt das Requiem zelebrierten. Unter den Trauergästen waren als Vertreterin der Bundeskanzlerin Staatsministerin Prof. Dr. Maria Böhmer, die CDU-Landesvorsitzende Julia Klöckner und der Trierer Oberbürgermeister Klaus Jensen sowie zahlreiche ehemalige und heutige Parlaments- und Regierungsglieder.

Carl-Ludwig Wagner habe in vielen Funktionen hohe und höchste Verantwortung übernommen. „Sein Wirken gründete auf einem festen Fundament an Werten, Ehrlichkeit, Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit, Integrität, Solidarität – diese Eigenschaften stehen in besonderer Weise für ihn“, betonte Ministerpräsident Beck. Er würdigte den Verstorbenen als Politiker, der „von hohem Engagement, Ideenreichtum und großer Entschlusskraft getragen wurde“.

Beck erinnerte an das Wirken des früheren Ministerpräsidenten in einer Phase des politischen Umbruchs in Deutschland und Europa. Mit seinem Namen seien zahlreiche wichtige Entscheidungen und Entwicklungen verbunden. Beispielhaft nannte Kurt Beck die Akzentsetzung auf familienfreundliche Politik, die Einführung der Di-



Trauergottesdienst in der Trierer Basilika St. Matthias.

Foto: Tittel

rektwahl der Oberbürgermeister und Landräte, die Stärkung und der Ausbau der Vertretung des Landes in Brüssel sowie die Gründung der Partnerschaft mit Thüringen nach der ‚Wende‘. „Dr. Wagner war einer der ersten maßgeblichen Politiker, der sich für den Nationalfeiertag am 3. Oktober ausgesprochen hat“, sagte Beck. Auf Wagner gehe zudem die im Mai 1989 vereinbarte internationale Zusammenarbeit zwischen Rheinland-Pfalz und der chinesischen Provinz Fujian auf den Gebieten der Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und Technologie zurück.

Ministerpräsident Kurt Beck: „Unser Land Rheinland-Pfalz, seine Gemeinden, unsere Gesellschaft insgesamt – sie alle leben vom Engagement ihrer Bürger. Sie leben vom Engagement von Menschen wie Carl-Ludwig Wagner. Ein Mann des Ausgleichs, der

mit leisen Tönen zu überzeugen wusste. Der zeigte, dass Menschlichkeit, gepaart mit sozialer Verantwortung, schlussendlich doch der überzeugendste Weg politischen Wirkens ist. Sein eigener Weg ist nun zu Ende gegangen. Es ist der Weg eines Mannes, der hohe Wertschätzung über Parteigrenzen und weit in die Bevölkerung hinein genießen durfte. Beispiel gebend, Mut machend, wegweisend, so will ich sein verdienstvolles Lebenswerk zusammenfassen.“

Der Familie und den Angehörigen wünschte der Ministerpräsident Kraft und Zuversicht in dem Wissen, dass das Werk von Dr. Carl-Ludwig Wagner fortbestehe. Kurt Beck: „Das Land Rheinland-Pfalz, dem er Zeit seines Lebens so viel gegeben hat, bleibt ihm dauerhaft zu großem Dank verpflichtet.“

Engagiertes Wirken verdient Anerkennung

Ministerpräsident Kurt Beck verleiht Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz



Beck verleiht Verdienstmedaille an das Ehepaar Franz und Vera Kreuter (links), Karl-Heinz Schneider und Michael Lehnert (rechts). Foto: Sämmer

Die Verdienstmedaille des Landes Rheinland-Pfalz hat Ministerpräsident Kurt Beck im Festsaal der Staats-

kanzlei an Vera und Franz Kreuter, Niederwerth, Michael Lehnert, Münchweiler an der Rodalb, und Karl-Heinz

Schneider, Kapsweyer, verliehen. „Ihr engagiertes Wirken verdient Anerkennung und soll mit der Verdienstmedaille des Landes gewürdigt werden“, sagte Beck. „Wir können dankbar sein, dass es Menschen gibt, die sich dort einbringen, wo sie gebraucht werden. Es ist gut und wichtig, solche vorbildlichen Leistungen zu würdigen und in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu stellen“, so der Ministerpräsident.

Vera und Franz Kreuter engagieren sich seit Jahrzehnten in vielfältiger Weise im kirchlichen Bereich der Gemeinde Niederwerth und betreut die Klosterkirche St. Georg.

Michael Lehnert aus Münchweiler an der Rodalb engagiert sich seit vielen Jahren im gewerkschaftlichen sowie im berufsständischen Bereich.

Karl-Heinz Schneider aus Kapsweyer wurde 1986 zum ehrenamtlichen Versicherungsberater für die damalige Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (jetzt Deutsche Rentenversicherung Bund) berufen. Seit dieser Zeit hilft er mit mehreren hundert Beratungen pro Jahr Versicherten bei der Kontklärung.

Vorbildliche Firmen gesucht

Familienministerin Irene Alt stellt Landeswettbewerb vor

Die Landesregierung sucht im Rahmen des Wettbewerbs „firma & familie – Vorbildunternehmen in Rheinland-Pfalz“ nach Firmen, die sich ganz besonders für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für Chancengerechtigkeit einsetzen. Zielgruppe sind kleine und mittlere rheinland-pfälzische Unternehmen, die sich bis zum 9. November 2012 bewerben können.

„Mit dem Wettbewerb wollen wir vorbildliche Leistungen für eine familienbewusste Personalpolitik und das dahinter stehende unternehmerische Engagement würdigen. Wichtig ist uns dabei, gerade kleine und mittlere Firmen anzusprechen. Sie machen die Mehrheit der Unternehmen im Land aus und auch sie können viel zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen beitragen. Das ist nicht nur ein Thema der großen Unternehmen“, erklärte Familien- und Frauenministerin Irene Alt zum heutigen Auftakt des Landeswettbewerbs.

„Familienbewusstsein und die Chancengerechtigkeit sind zentrale Faktoren für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen“, betonte Wirtschaftsministerin Eveline Lemke.

„Der demografische Wandel und der drohende Fachkräftemangel machen eine lebensphasenorientierte Personalpolitik notwendig, die die Belange von Frauen und Männer gleichermaßen berücksichtigt.“ Das Land Rheinland-Pfalz hat diese Herausforderungen seit langem erkannt und unterstützt diverse Projekte und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für eine lebensphasenorientierten Personalpolitik.

Im Rahmen des Wettbewerbs wird auch das Akzent-Thema „Frauen in Führungspositionen“ ausgelobt. Hier sollen Betriebe ausgezeichnet werden, die Frauen besonders fördern und ihnen den Weg an die Spitze eröffnen. „Außerdem wollen wir einmal mehr darauf hinweisen, dass wir uns nicht damit zufrieden geben, dass in Rheinland-Pfalz nach einer Studie der Creditreform lediglich 22,2% der Führungskräfte Frauen sind. Diese Zahl ist definitiv ausbaufähig!“, betonte Frauen- und Familienministerin Irene Alt.

Weitere Informationen zum Wettbewerb finden Sie unter www.firma-und-familie.de.

Ein guter Start ins neue Schuljahr

Das neue Schuljahr in Rheinland-Pfalz hat begonnen - rund 558 000 Schüler müssen wieder die Schulbank drücken. „Alle bislang vorliegenden Rückmeldungen aus der Schulaufsicht lassen den Schluss zu, dass die Schulen im Land allen Schülerinnen und Schülern ein gutes Angebot machen können“, sagte Bildungsministerin Doris Ahnen. An den Gymnasien zeichne sich sogar eine deutliche Verbesserung ab.

Die Schüler der Klassen 5 bis 10 können sich im neuen Schuljahr auf weniger Klassenarbeiten freuen. Ahnen sagte, vor allem in Deutsch, Latein und Mathe seien weniger geplant, um den Schülern mehr Spielraum für individuelle Förderung zu geben.

Wegen des Sparkurses der Landesregierung müssten bis zu 100 Planstellen abgebaut werden, sagte die Ministerin. „Alle anderen werden wir wieder besetzen. Das hat dazu geführt, dass wir zum Schuljahresbeginn 800 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben.“ Dadurch werde eine gute Unterrichtsversorgung gewährleistet. Außerdem sei weiter eine Aufstockung des Pools von Vertretungslehrern in den kommenden Jahren geplant – von 200 auf rund 1000 Lehrkräfte.

Anmeldung zum Titel erfolgt

Kulturschätze des Landes sind jetzt offiziell im Rennen

Das rheinland-pfälzische Kulturministerium hat fristgerecht zum 1. August seine Bewerbung für die nationale Vorschlagsliste zur Anerkennung als UNESCO-Welterbestätte bei der Kultusministerkonferenz eingereicht. Ins Rennen um den Weltkulturerbe-Titel gehen die sogenannten SchUM-Städte Speyer, Worms und Mainz, ein Erweiterungsantrag des Doms zu Speyer um die romanischen Dome zu Mainz und Worms sowie die Sayner Hütte.

Mit seinem Antrag für die SchUM-Städte unterstreicht Rheinland-Pfalz ihre große Bedeutung für die Entwicklung des europäischen Judentums. In diesen drei Städten entstand im Mittelalter mit SchUM ein einzigartiger Verbund jüdischer Gemeinden, der Kultur, Religion und Geistesleben des europäischen (aschkenasischen) Judentums entscheidend geprägt hat. Unter seinem Einfluss entwickelten sich neue Architekturformen, deren Zeugnisse zum Teil bis heute aussagekräftig erhalten sind. Das Wort SchUM ist ein Akronym aus den Anfangsbuchstaben der mittelalterlichen, hebräischen Namen von Speyer, Worms und Mainz: Schin (Sch) für Schpira, Waw (U) für Warmaisa und Mem (M) für Magenza. Die SchUM-Gemeinden als Welterbestätten vorzuschlagen, hat sich die rheinland-pfälzische Landesregierung bereits in der Regierungserklärung von 2006 zum Ziel gesetzt. Das Vorhaben wurde mit dem aktuellen Koalitionsvertrag noch einmal untermauert.

Gleiches gilt für den Erweiterungsantrag zum Weltkulturerbe Dom zu Speyer um die Dome von Worms und Mainz. Der Internationale Rat für Denkmalpflege (ICOMOS) hatte bereits 1981 im Anerkennungsverfahren für den Speyerer Dom in seiner Stellung-

nahme die drei Dome als „Hauptwerke der romanischen Baukunst in Deutschland“ bezeichnet. Die drei Bischofskirchen waren zu Beginn des zweiten nachchristlichen Jahrtausends in unmittelbarer geografischer Nachbarschaft entstanden und entwickelten sich in kunsthistorischer, architektonischer und geschichtlicher Perspektive zu einer einzigartigen Wirkstätte. So galt der Erzbischof von Mainz, der zugleich das Amt des Kurfürsten und Reichserzkanzlers innehatte, als einer der einflussreichsten Männer seiner Zeit.

Mit der Sayner Hütte schlägt Rheinland-Pfalz einen Prototyp des modernen Industriebaus als mögliche Welterbestätte vor. Die historische Eisengießerei zählt zu den repräsentativsten Beispielen der frühindustriellen Epoche in Deutschland. Insbesondere nimmt die 1828 errichtete und anspruchsvoll gestaltete Althans'sche Gießhalle einen wichtigen Platz in der europäischen und weltweiten Architekturgeschichte ein. Sie wurde im Jahr 2010 als „Historisches Wahrzeichen der Ingenieurbaukunst in Deutschland“ geehrt. Möglich wurde ein dritter Welterbe-Antrag für Rheinland-Pfalz, da sich die Sayner Hütte thematisch einer Kategorie zuordnen lässt, die vom Internationalen Rat für Denkmalpflege als „unterrepräsentiert“ bewertet wird.

„Jeder der drei Vorschläge ist ein herausragendes Beispiel für das große kulturgeschichtliche Erbe, das unser Land auszeichnet“, so Kulturministerin Doris Ahnen. Klar sei aber auch: Die Bewerbung um einen Titel erfordere einen langen Atem. Die Landesregierung werde eine Reihe von Initiativen entfalten und sich weiter für die Bewerbung einsetzen.



Kurt Beck am Stand des Jugendforums.

Foto: Schäfer

Junge Leute informierten sich

Jugendinfomarkt beim Open Air bietet breites Spektrum

Viel Musik durften die Besucherinnen und Besucher beim RPR1. Rheinland-Pfalz Open Air auf der Großen Bleiche in Mainz erleben. Außerdem bot die Landesregierung in einem Zelt auf dem Deutschhausplatz wieder breit gefächerte Informationen speziell für junge Leute an. Bei einem Rundgang über den Jugendinfomarkt zeigte sich Ministerpräsident Kurt Beck beeindruckt von der Vielfalt der vorgestellten Projekte.

„Das gesellschaftliche Engagement, das von den Ausstellern auf dem Jugendinfomarkt beworben wird, ist ein wichtiger Beitrag für unser Gemeinwesen. Die Infostände und Mitmachstationen zu Themen der Aus- und Weiterbildung, Gesundheitsförderung und des Verbraucherschutzes sowie zur gesellschaftlichen Bildung und politischen Partizipation bis hin zum ehrenamtlichen Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit, im Naturschutz oder freiwilligen Dienst-

bieten wertvolle Information und zeigen, wie Jung Menschen viel bewegen können“, sagte Kurt Beck.

Um politische Partizipation ging es etwa beim „Jugendforum RLP“. Dieses Projekt der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz und der Bertelsmannstiftung bietet eine moderne Plattform zur aktiven Mitgestaltung des Gemeinwesens. In einem transparenten Partizipationsprozess, der sowohl Online- als auch Offline-Elemente vereint, vernetzen sich Jugendliche und diskutieren die aus ihrer Sicht wichtigsten Zukunftsfragen. Die Landesregierung nimmt die Ergebnisse des Dialoges mit den Jugendlichen auf und berücksichtigt diese bei Entscheidungsprozessen. Am 15. August 2012 startete der Onlinedialog, eine große Jugendkonferenz in Mainz folgt am 21. und 22. September. Ergänzend hierzu informierte auch die Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ an einem Stand über ihre Arbeit.

Staatszeitung

erscheint einmal wöchentlich

Herausgeber: Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz.

Druck und Verlag: Oppenheimer Druckhaus GmbH, 55286 Wörstadt.

Redaktion für die Staatszeitung: Monika Fuhr (verantwortlich), Michael Maurer (Koordination), Rolf Becker.

Redaktion für Staatsanzeiger: Bettina Luckas, Gottfried Huba (verantwortlich) - (alle Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz). Der Staatsanzeiger für Rheinland-Pfalz - Amtliche Bekanntmachungen - ist ständige Beilage der Staatszeitung - Ausgabe A - Redaktionelle Zuschriften sind an die Redaktion der Staatszeitung, Amtliche Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen sind an die Redaktion des Staatsanzeigers.

jeweils Staatskanzlei, Peter-Altmeier-Allee 1, 55116 Mainz, zu richten. Staatszeitung: Tel.: 0 61 31 / 16 46 88, Fax 0 61 31 / 16 46 91 Internet-Adresse: www.stz.stk.rlp.de; E-Mail: staatszeitung@stk.rlp.de. Staatsanzeiger: Tel. 06131/164753, Fax: 0 6131/164070.

Bei Satzfehlern entsteht in keinem Fall Anspruch auf Schadenersatz; es kann nur die Aufnahme einer Ersatzanzeige verlangt werden. Bezugspreis jährlich 23,52 Euro zuzüglich 1,- Euro Einweisungsgebühr. Die Auslieferung von Einzelstücken erfolgt über das Landeshauptarchiv, Karmeliterstraße 1-3, 56013 Koblenz.

Die Preise enthalten keine Mehrwertsteuer, da die Landesregierung hoheitsrechtlich tätig ist. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.



Aus dem



Landtag

Auswirkungen des Fiskalpaktes auf das Land

Die Berichterstattung über die 28. und 29. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags am 20. und 21. Juni 2012 erfolgt, bedingt durch die Sommerpause ab dieser Ausgabe der Staatszeitung.

In einer Aktuellen Stunde auf Antrag der SPD-Fraktion ging es um die Auswirkungen des Fiskalpaktes auf Rheinland-Pfalz. SPD und Grüne kritisierten die Europapolitik der Bundesregierung und den Fiskalpakt. Die CDU-Fraktion erwiderte, dass die Kritik unberechtigt sei, das Land müsse selber für die finanzielle Situation der Kommunen sorgen.

Der Fiskalpakt habe Einfluss auf das Budgetrecht des Landtages, so **SPD-Fraktionsvorsitzender Hendrik Hering**. Es müsse sichergestellt werden, dass Ländern und Kommunen keine zusätzlichen Nachteile entstünden. Eine Wirtschaftskrise in Südeuropa schädige auch die exportabhängige Wirtschaft im Land, so der Abgeordnete. Hering warf Bundeskanzlerin Merkel falsche Krisenpolitik vor: Deutschland habe „am Meisten von Europa profitiert“, nun müsste mit notwendigen Maßnahmen die Realwirtschaft gestärkt werden, forderte er. Auch die Jugendarbeitslosigkeit müsse bekämpft werden, „damit werden auch rheinland-pfälzische Interessen vertreten“. Die Maßnahmen für verschuldete Länder müssten von Solidarität geprägt sein, so Hering.

Die Lösung der Wirtschaftskrise sei „eine historische Aufgabe“, erklärte **CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner**. Man komme nicht um einen strikten Sparkurs und Strukturformen herum, daher sei der Fiskalpakt richtig. Sie forderte die Landesregierung auf, diesen nicht im Bundesrat zu blockieren. Eine Vergemeinschaftung der Schulden sei „völlig kontrapro-

duktiv“. Man könne Wachstum nicht mit mehr Schulden finanzieren, kritisierte Klöckner. Die Forderungen von Ministerpräsident Beck an die Bundeskanzlerin seien nicht „nicht in Ordnung und nicht anständig“, er fordere Geld ein, ohne die Kommunen daran teilhaben zu lassen. Es sei nicht zielführend, den Fiskalpakt mit „sachfremden“ Inhalten zu verknüpfen. Klöckner warf Beck vor, die finanzielle Lage der Kommunen in Rheinland-Pfalz unerwähnt gelassen zu haben und seine „Hausaufgaben nicht gemacht“ zu haben. Die Fraktionsvorsitzende der Union wies darauf hin, dass die Kommunen im Land verfassungswidrig ausgestattet seien.

Die nationalstaatlich geprägte Politik Deutschlands und Frankreichs führe Europa nicht in eine bessere Zukunft, monierte der **Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, Daniel Köbler**. Die Europapolitik der Bundeskanzlerin sei „ein einziger Scherbenhaufen“. Sparen allein behebe die Krise nicht, stattdessen verschärfe es diese. Köbler sagte, eine angemessene Beteiligung der Finanzmärkte sei notwendig. Er wies darauf hin, dass sich alle Bundesländer gegen eine stärkere Belastung gewehrt hätten, auch jene unter einer CDU-Regierung. Der Bund müsse sich bei der Eingliederungshilfe einbringen, forderte der Abgeordnete.

Auch bei der Zulassung von Italien habe es Bedenken gegeben, erläuterte **Ulrich Steinbach (Bündnis 90/Die Grünen)** und wies die Kritik zurück, die rot-grüne Bundesregierung sei im Jahr 2000 alleine für die Zulassung Griechenlands verantwortlich gewesen. Dort habe es bis 2005 eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation gegeben. Die Bundesregierung habe in der Europapolitik keinen „klaren Kurs und keinen klaren Kompass“, kriti-

sierte Steinbach. Man nehme die Haushaltsautonomie der Länder ernst, so der Abgeordnete.

Man stehe in Europa vor einer schwierigen Situation, unterstrich **Ministerpräsident Kurt Beck (SPD)**. Neben der Sparpolitik müssten „auch Zukunftsimpulse kommen“, darüber sei man sich in der Europäischen Kommission einig. Die Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in einigen Ländern werde mit Sicherheit zu Verwerfungen führen, warnte Beck. Auch die Bundeskanzlerin werde dem Setzen von Impulsen zustimmen. Diejenigen, die an den Krisen verdienten, müssten auch zu deren Finanzierung herangezogen werden, forderte der Ministerpräsident. Es sei „ein Skandal ersten Ranges“, dass die Rating-Agenturen Spanien heruntergestuft hätten und somit die europäischen Steuerzahler belasteten. Beck forderte die Einrichtung einer europäischen Rating-Agentur und eine Kontrolle der europäischen Finanzmärkte. Es müssten aber auch die Auswirkungen des Fiskalpaktes auf die Binnenstruktur der föderal organisierten europäischen Staaten beachtet werden. Daran hänge „ganz viel Arbeit“, erklärte der Ministerpräsident. Der Fiskalpakt sei mit vielen Risiken versehen, so der Ministerpräsident.

Die Bundesregierung habe nicht gemerkt, dass der Fiskalpakt im Konflikt mit der Schuldenbremse stehe, erklärte **Finanzminister Dr. Carsten Kühn (SPD)**. Auf Hinweise der Länder sei nicht eingegangen worden. Der Minister warf Klöckner vor, sich nicht mit den Gesetzestexten beschäftigt zu haben. Er wies darauf hin, dass Deutschland nach der Wende „bedingungslos“ Geld gegeben und nach dem Krieg Unterstützung erhalten habe.

Pfalz. Der Stand der Überstunden sei zwar hoch, seit 2010 aber gesunken. Die Aufgaben der Polizei seien ausgeweitet worden, dies werde nun analysiert. Wer mehr Polizisten einstellen wolle, müsse auch die Finanzierung sicherstellen, erklärte Raue und forderte konkrete Vorschläge. Man könne nicht Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausspielen, kritisierte die Abgeordnete.

Er habe Hochachtung vor der Arbeit der Polizisten, unterstrich **Innenminister Roger Lewentz (SPD)**, man liege mit der Sicherheitspolitik an der Spitze in der Bundesrepublik. Man ha-

be mit viel Geld für eine „hervorragende Ausstattung“ der Beamten im Dienst gesorgt, die im Bundesvergleich an der Spitze liege. Er sei auch stolz darauf, dass Menschen mit Migrationshintergrund und niedrigerem Schulabschluss in den Polizeidienst integriert würden. Die Zahl von 9014 Stellen sei angesichts „großer Pensionierungswellen“ gemeinsam im Parlament festgesetzt worden. Deswegen könne man mit der heutigen Situation umgehen. Die Schuldenbremse sei vom Landtag gemeinsam beschlossen worden, daran müsse man sich halten. Er habe die Vertreter der Polizei in Entscheidungen einbezogen, so Lewentz.

Änderungen beim Abfallrecht

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung abfallrechtlicher Vorschriften wurde inklusive eines Änderungsantrages von SPD und Grünen einstimmig angenommen. Die Fraktionen unterstrichen die Wichtigkeit des Bürokratieabbaus in diesem Bereich.

Er begrüße den Gesetzentwurf, da er zum Bürokratieabbau beitrage, erklärte **Josef Dötsch (CDU)**. Es komme jetzt zu weniger Papier- und Verwaltungsaufwand, auch dies sei Teil des E-Governments. Auch die Abfallentsorgung würden hier eine „Erleichterung in der Bürokratie“ erfahren. Außerdem gebe es eine gerechtere Kostenverteilung nach dem Verursacherprinzip. Das Gesetz werde nun dem Praxistest unterworfen, erklärte Dötsch, dabei würden auch noch Probleme auftauchen. Als Beispiel führte er eine übermäßige Belastung des Mittelstandes an. Er sei gespannt, wie sich die Kosteneinsparungen entwickelten, so Dötsch.

Die Sonderabfall-Management-Ge-

sellschaft koordiniere die Entsorgung von gefährlichen Abfällen in Rheinland-Pfalz, erläuterte **Margit Mohr (SPD)**. Die Gebührenordnung in der Novelle führe zu einem Kostenausgleich. Das Gesetz sei „zeitgemäß und pragmatisch gestaltet“. Man habe nun objektive Kriterien gefunden, die Gebühr werde nun an der Menge der Abfälle orientiert. Man wolle die bürokratischen Belastungen der Unternehmen auf ein Minimum reduzieren, gleichzeitig würden Kosten gespart.

Seine Fraktion begrüße die Einführung des Gesetzes, erklärte **Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen)**.

Der Praxistest sei durch die Umstellung der EDV bereits geschehen, erklärte **Wirtschaftsministerin Eveline Lemke (Bündnis 90/Die Grünen)**, von daher könne man sicher davon ausgehen, dass das System „praktikabel“ sei. Eine präzise Abrechnung des Mülls sei ein Anreiz für die Unternehmen.

Umweltschutz ist nicht umsonst zu haben

In einer von der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beantragten Aktuellen Stunde befasste sich der Landtag mit Impulsen der Konferenz Rio+20 auf Rheinland-Pfalz. Alle Fraktionen unterstrichen die Wichtigkeit des Umweltschutzes, die Koalitionsfraktionen wiesen zudem auf die Wichtigkeit des sogenannten „Wassercents“ hin.

Es sei an der Zeit, 20 Jahre nach dem ersten Gipfel in Rio de Janeiro eine Bilanz zu ziehen, so **Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen)**. Es mangle der Welt an Verbindlichkeiten. Der Abgeordnete kritisierte die Abwesenheit der Bundeskanzlerin auf dem Gipfel als „schallende Ohrfeige“ und als ein falsches Zeichen. Die Erdbevölkerung sei in den letzten 20 Jahren dramatisch gestiegen, erläuterte der Abgeordnete, gleichzeitig sei der Ressourcenverbrauch viel zu hoch und nicht gleichmäßig verteilt. Auch in Rheinland-Pfalz könne man Maßnahmen treffen. Ein Beispiel sei Biodiversität, hierfür sei ein Nationalpark im Land notwendig. Mit dem Wassercent führe man zudem ein Mittel ein, um den Ressourcen „einen ökologischen Preis“ zu geben, unterstrich Hartenfels. Man brauche eine nachhaltigere Lebensführung, eine „grünere Wirtschaftspolitik“. Gewinnmargen von Unternehmen müssten zum Umweltschutz teilweise abgeschöpft werden, forderte der Abgeordnete.



Bei der Evaluation der Umweltkonferenz 1992 müsse man die Probleme, aber auch die Vorteile sehen, erklärte **Wolfgang Reichel (CDU)**. Dazu zähle, dass das Thema damals angestoßen worden sei. Viele Interessengruppen machten ihren Einfluss auf die Staaten geltend und verschlimmerten damit die Probleme teilweise, so Reichel. Als Beispiele führte er die Überfischung und Vermüllung der Meere an. Die Schlusserklärung der aktuellen Konferenz sei „nur ein kleinster gemeinsamer Nenner“. In den Kommunen werde viel zum Schutz von Umwelt und Natur geleistet.



Die Kritik an der mangelnden Verbindlichkeit der ersten Konferenz sei berechtigt, jedoch sei dies angesichts

der Breite des Teilnehmerfeldes nicht verwunderlich, so **Marcel Hürter (SPD)**. Man dürfe daher „das Kind nicht mit dem Bade ausschütten“. Der Begriff der Nachhaltigkeit habe sich verändert, so der Abgeordnete. Man müsse die Menschen „an den Sinn solcher Konferenzen glauben lassen“, daher müsse man sich umsetzbare Kernpunkte herausgreifen. Ein Beispiel hierfür sei die Energiepolitik. Zum Teil habe man in den letzten 20 Jahren einige Erfolge erreicht, viele Länder hätten Leistungen vollbracht, die man ihnen nicht zugetraut hätte, zum Beispiel den Schutz der Primärwälder und die Bekämpfung der Armut. Man habe es geschafft, „den Dialog zu institutionalisieren“, erklärte Hürter.



Der Klimaschutz brauche Zeit, erklärte **Wirtschaftsministerin Eveline**

Lemke (Bündnis 90/Die Grünen), sie gehe davon aus, dass es weitere Konferenzen geben werde. Es ginge um Verteilungsgerechtigkeit auf der Welt, vor allem bei den öffentlichen Gütern. Lemke führte ein Beispiel vom schlechten Zustand des Victoria-Sees in Afrika aus, der Auswirkungen auf die größtenteils arme Bevölkerung in seiner Umgebung habe. Sauberes Wasser sei „auf dieser Welt keine Selbstverständlichkeit“. Es gehe darum, Instrumente zu entwickeln, um eine neue Verteilung der öffentlichen Güter zu erreichen. Neben dem Schutz des Klimas sei der Schutz vor Armut und Hunger wichtig. Ein Großteil der Kosten deutscher Unternehmen entfalle auf Ressourcen, erklärte die Ministerin. Die Maßnahmen in Rheinland-Pfalz seien kleine Schritte in die richtige Richtung.



Kritik an Situation der Polizei

Die von der CDU-Fraktion beantragte Aktuelle Stunde hatte die Personalsituation bei der rheinland-pfälzischen Polizei zum Gegenstand. Die Opposition forderte die Landesregierung zum Handeln auf, um die Situation der Beamten zu verbessern. Die Koalitionsfraktionen wiesen die Vorwürfe zurück, die innere Sicherheit des Landes sei nicht gefährdet.

Die aktuelle personelle Situation bei den Polizeidienststellen sei kritisch, kritisierte **Matthias Lammert (CDU)**. Der Abgeordnete führte verschiedene Missstände aus, die von den Betroffenen zur Sprache gebracht worden seien. Diese Warnsignale müssten aufgegriffen werden, der Minister müsse diesen Schilderungen nachgehen, forderte Lammert. Es gebe anscheinend „bedauerliche personelle Engpässe“. So könne die Landesregierung mit der Polizei in Rheinland-Pfalz nicht umgehen. Der Abgeordnete betonte, man habe bereits bei den Haushaltsverhandlungen auf diese Probleme hingewiesen. Er forderte die Landesregierung zum Handeln auf. Beamtenstellen seien für ihn Vollzeitstellen, unterstrich Lammert. Im Bereich der Rauschgift- und Umweltkriminalität seien die Statistiken aufgrund des Personalmangels nicht gut. Der Wechselschichtdienst sei stark ausgedünnt, durch die Ruhestandsregelun-

gen werde die Situation verschlimmert.

Die Polizei im Land sei gut aufgestellt, sie mache „einen guten Job“, so **Michael Hüttner (SPD)**. Das zeige sich an der gestiegenen Aufklärungsrate. Mit der geteilten Laufbahn und der guten Ausstattung der Polizei habe man eine Vorbildfunktion in der Bundesrepublik. Es gebe in der Polizei eine strukturelle Veränderung, die auch mit den gesellschaftlichen Veränderungen zu tun habe. Dies werde sich auch in Zukunft nicht ändern. Die Effektivität der verschiedenen Dienststellen sei sehr unterschiedlich. Der Alltag bei der Polizei sei nicht planbar. Hüttner erklärte, man habe die Stellen als Reaktion auf die Ruhestandsregelungen erhöht, gleichzeitig sei man aber an die Schuldenbremse gebunden. Die Überstunden seien nicht gleichmäßig auf alle Beamte verteilt, erklärte Hüttner.

Die Polizisten seien zu großen Teilen „am Rande ihrer Leistungsfähigkeit“, erklärte **Katharina Raue (Bündnis 90/Die Grünen)**, Beamte würden zum Teil aus der Freizeit geholt. Auf die Situation der inneren Sicherheit im Land habe dies aber keine Auswirkungen, in keinem anderen Land sei die Gefahr, Opfer einer Straftat zu werden, so gering wie in Rheinland-

Glücksspielmonopol absichern

Der Gesetzentwurf der Landesregierung zum Ersten Glücksspieländerungsstaatsvertrages und dem Staatsvertrag über die Gründung der Gemeinsamen Klassenlotterie der Länder wurde vom Landtag einstimmig angenommen. Alle Fraktionen betonten die Wichtigkeit einer gesetzlichen Kontrolle in diesem Bereich.

Der deutsche Glücksspielmarkt sei sehr stark umkämpft, erklärte **Dr. Adolf Weiland (CDU)**. Dies führe auch zu illegalem Glücksspiel, die Länder begegneten diesem mit einem Glücksspielstaatsvertrag. Es gehe auch um den Jugendschutz und die „Verhinderung von Abhängigkeiten“, so der Abgeordnete. Das staatliche Glücksspielmonopol müsse rechtlich abgesichert werden.

Der Gesetzentwurf lege Wert darauf, dass verschiedene Interessen gewahrt würden, so **Thomas Wansch (SPD)**. Einerseits müsse der Jugendschutz beachtet werden, sowie die

Suchtgefahr und die Illegalität eingeschränkt werden, auf der anderen Seite müssten die Interessen der legalen Anbieter gewahrt werden. Eine zeitnahe Evaluation sei indes „nicht unwahrscheinlich“.

Man leiste mit der Zustimmung zum Gesetzentwurf einen wichtigen Beitrag zum Verbraucherschutz, betonte **Ulrich Steinbach (Bündnis 90/Die Grünen)**. Dieser Bereich bedürfe einer starken Kontrolle durch den Staat, weil das Glücksspiel tief in das Leben der Menschen eingreife. Er sei zuversichtlich, dass man den Kern der Regelungen des Staatsvertrages auch gegen „Kritik von Partikularinteressen“ verteidigen könne.

In der Ministerpräsidentenkonferenz sei eine gute Lösung gefunden worden, so **Innenminister Roger Lewentz (SPD)**. Er erwarte, dass bald andere Länder den Staatsvertrag unterzeichneten. Man habe auch die Interessen der legalen Anbieter wahrgenommen.

Entgelt für Wasserentnahme

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Erhebung eines Entgelts für die Entnahme von Wasser aus Gewässern wurde durch die Zustimmung der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Opposition angenommen. Diese kritisierte, dass die Landesregierung eine Abgabe erhebe, die die Menschen zusätzlich belaste. Die Koalition widersprach dem und bezeichnete die Höhe der Steuer als angemessen.

„Rot-Grün steht für neue Abgaben“ kritisierte **Arnold Schmitt (CDU)**, dabei sei diese eine Gesetzesfolgenabschätzung schuldig geblieben. Dabei würden die Wasserwerke vor Ort den Ärger der Bürger zu spüren bekommen. Dadurch würden Investitionen aus der Gesellschaft zum Schutz des Wassers bestraft. Die Bürger würden „für ein Grundnahrungsmittel zur Kasse gebeten“, die Landesregierung profitiere dabei doppelt, da auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer einher gehe. Der Betrag könnte für manche Familien einen entscheidenden Einschnitt bedeuten, kritisierte Schmitt.

Der Entwurf sei angemessen konstruiert, widersprach **Marcel Hürter (SPD)**. Auch andere Länder hätten ähnliche Regelungen. Die Kritik an der Besteuerung sei „weltfremd“, erklärte der Abgeordnete, dafür habe er

kein Verständnis. Hürter kritisierte zudem, dass es von der Opposition keine Verbesserungsvorschläge gegeben habe, da sich diese mit dem Gesetz nicht auseinander gesetzt hätten. Die maßvolle Ausgestaltung werde auch von den Betroffenen anerkannt, so der Abgeordnete.

Die Bundesregierung habe in einer Antwort auf die EU-Kommission Bezug auf den Gesetzentwurf der Landesregierung genommen, so **Andreas Hartenfels (Bündnis 90/Die Grünen)**, auch von anderer Seite habe man Zustimmung erfahren. Der Gesetzentwurf sei öffentlich diskutiert worden.

Es handele sich um ein klar strukturiertes Gesetz, das auf dem Prinzip der Nachhaltigkeit basiere, erklärte **Umwelt-Staatssekretär Thomas Griese (Bündnis 90/Die Grünen)**. Es trage der Ressourceneffizienz Rechnung, da der Ressource Wasser ein Preis und damit ein Wert gegeben würde. Manche Nutzungsarten hätten eine verminderte Gebühr, um dieses Verhalten zu belohnen. Dies sei auch der „Beitrag des Landes zu Rio“. Bei diesem Vorhaben habe man auch die Unterstützung der Bundesregierung, erklärte der Staatssekretär. Rheinland-Pfalz sei das dreizehnte Bundesland, in dem ein solches Entgelt eingeführt werden sollte.

LAD/STE/SCM/SAW
Fortsetzung nächste Ausgabe



Herausgeber: Der Präsident des Landtags
Redaktion: Dieter Lang (verantwortlich)

Internet-Adresse: <http://www.landtag.rheinland-pfalz.de>
E-Mail-Adresse: Pressestelle@landtag.rlp.de

Redaktionsanschrift: Deutschhausplatz 12, 55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 20 80, Durchwahl 2 08 - 22 10 oder 2 08 - 24 17



Joachim Mertes und Kurt Beck zu Ehrenbürger von Burgund ernannt. „Eine hohe Auszeichnung für mich persönlich, eine Bestätigung der erfolgreichen Zusammenarbeit beider Regionen“, so Landtagspräsident Joachim Mertes, der im Rahmen des Festaktes 50 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Burgund in Dijon zusammen mit Ministerpräsident Kurt Beck die Ehrenbürgerschaft der Region Burgund von Francois Patriat, dem Präsidenten des Regionalrates von Burgund, verliehen bekommen hat. Die überreichte Medaille, ein Replikat des Siegels Karls des Kühnen, trägt die Aufschrift: *Sigillum Korali, Dei gracia Burgundie, Lotharingie, Brabantie, Limburgie et Lucemburgie ducis, Flandrie, Arthesii, Burgundie palatini, Hannonie, Hollandie, Zeelandie et Namuci comitis, Sacri imperii marchianis, domini, de Salinis et Mechlinio* und zeigt, wie groß die Region einst war, die die Ehrenbürgerschaft umfasst. Foto: Klaus Benz

Eine zukunftsfähige Partnerschaft

Landtagspräsident Mertes würdigt vertrauensvolle Zusammenarbeit

„Die Partnerschaft zwischen Burgund und Rheinland-Pfalz hat Zukunft“, so Landtagspräsident Joachim Mertes anlässlich des Festaktes 50 Jahre Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Burgund in Dijon.

Ein halbes Jahr vor der Unterzeichnung des Élysée-Vertrages waren Burgund und Rheinland-Pfalz die ersten Regionen in Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland, die einen Teil des Fundamentes der deutsch-französischen Freundschaft und Aussöhnung gelegt haben. Dies geschah nur 17 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges, in dem die Deutschen viel Leid und Verbitterung in Frankreich verursacht haben. Die Erklärung von Kanonikus Kir und Peter Altmeier wurde vorbereitet durch die ersten Kontakte zwischen Burgund und Rheinland-Pfalz in den 50er Jahren, die ersten Städtepartnerschaften und die Gründung der beiden Partnerschaftsverbände.

Im Rahmen der deutsch-französischen Annäherung und der Entwicklung der Freundschaft beider Völker hat die Partnerschaft beider Regionen aus heutiger Sicht eine historische Rolle ausgeübt. Sie hat sich entwickelt zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit beider Regionen auf den verschiedenen Ebenen mit mehr als 140 Städte- und Gemeindepartnerschaften, zahlreichen Schulpartnerschaften und Kontakten in den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung.

Seit der Einrichtung der französischen Regionen in den 80er Jahren wird die Partnerschaft auch auf der parlamentarischen Ebene zwischen dem Landtag und dem Regionalrat gepflegt. Die Zusammenarbeit zwischen den Parlamenten wurde 1987 vereinbart, wird also 2012 25 Jahre alt und ist damit ein kleines Jubiläum im Rahmen des großen Jubiläums.

Herausragendes Zeichen dieser Zu-

sammenarbeit ist die Einrichtung und Arbeit der Häuser Rheinland-Pfalz in Dijon und Burgund, die von Regionalrat und Landtag gemeinsam getragen werden. Sie sind Zeichen für das große Engagement beider Regionen für deren Zusammenarbeit.

Eine weitere europäische Dimension der Zusammenarbeit wurde im Jahr 2003 mit der Gründung des 4er-Netzwerks der europäischen Regionen, gemeinsam mit unseren Partnern in Polen und in Tschechien, der Woiwodschaft Oppeln und der Mittelböhmisches Region gegeben.

„Wir haben dies unternommen, um das geografische Herzstück Europas und die deutsch-französische Zusammenarbeit über die alte Trennungslinie des Kontinents hinweg zu erweitern und damit einen Beitrag zu einer harmonischen Entwicklung Europas und seiner Strukturen zu leisten“, so Joachim Mertes in seiner Festrede.



„Ruhe und Kraft“ lautet der Titel der Kunstausstellung im Landtag, die am vergangenen Mittwoch von Landtagsvizepräsidentin Hannelore Klamm eröffnet wurde. Bis zum 7. September 2012 zeigt die Ausstellung Werke von Aloys Rump (2. v. li., Malerei) und Jan Schröder (rechts, Skulpturen). Eine Einführung in die Ausstellung gab Dr. Lieselotte Sauer-Kaulbach (2. v. re.).

Sondersitzung Nürburgring

Ministerpräsident lehnt Rücktritt ab – CDU droht

Die 30. Plenarsitzung des rheinland-pfälzischen Landtags am Mittwoch, dem 1. August 2012, war eine Krisensitzung in den Sommerferien: Mehrere Stunden lang reden sich die Landtagsabgeordneten in Mainz die Köpfe über die Nürburgring-Pleite heiß. Im Mittelpunkt stand dabei der Regierungschef, Ministerpräsident Kurt Beck.

Wie geht der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) mit dem Nürburgring-Debakel um? Das war die große Frage in der Sondersitzung des Landtags zur Insolvenz der Rennstrecke. Die oppositionelle CDU legte Beck erneut den Rücktritt nahe. Der Regierungschef gab zwar Fehler zu, betonte aber, er sehe für einen Rücktritt keinen Anlass. Deshalb drohte CDU-Fraktionschefin Julia Klöckner ihm mit einem Misstrauensvotum.

Beck sagte über den millionenschweren Ausbau des Rings mit Landesmitteln: „Es sind in diesem Zusammenhang Fehler gemacht worden.“ Sein Auftrag sei, Rheinland-Pfalz zum Wohle seiner Bürger zu führen und aus den Fehlern am Nürburgring wieder eine Zukunftsperspektive entstehen zu lassen. Er bat Bürger und Ring-Mitarbeiter um Entschuldigung.

Die Entscheidung, für neue Jobs an der Eifel-Rennstrecke einen Freizeitpark zu bauen, halte er nach wie vor für richtig. Die Prognosen von Wirtschaftsinstituten über Besucher seien aber unrealistisch gewesen und der Ausbau zu groß. Die Baukosten hätten sich inakzeptabel gesteigert. Nie habe er den Ring als sein „Prestigeprojekt“ verstanden, sagte Beck.

CDU-Fraktionschefin Julia Klöckner drohte Beck mit einem Antrag auf Vertrauensentzug in der nächsten Landtags Sitzung. Der Ministerpräsident müsse laut Landesverfassung zurücktreten, wenn der Landtag diesem Antrag zustimmt. Allerdings haben die Christdemokraten keine Mehrheit, das rot-grüne Lager stellt 60 der 101 Abgeordneten.



Beck habe seine Pflichten verletzt und sei nicht verantwortungsvoll mit Landesgeld umgegangen, kritisierte Klöckner. Sie sprach von einer „geplanten Chronologie der Pleiten und nannte den Ring-Ausbau „in Beton gegossenen Wahnsinn“. Die Regierung sei verantwortlich für die Pleite und nicht das Nein der EU-Kommission für eine Landesbeihilfe. „Das ist eine Mischung aus Leichtsinns, vorsätzlicher Verschleierung, Rat- und Hilflosigkeit.“

Die SPD-Alleinregierung hatte vor einigen Jahren den Freizeitpark für 330 Millionen Euro bauen lassen. Eine Privatfinanzierung scheiterte. Nun ist die staatliche Besitzfirma insolvent, weil Pacht ausblieb und die EU-Kommission Nein zu einer Landesbeihilfe sagte. Auch Grünen-Fraktionschef Daniel Köbler sprach von „schwerwiegenden Fehlern“, stellte sich aber vor Beck. Die Grünen sitzen seit 2011 mit auf der Regierungsbank.

Nach der Nürburgring-Pleite muss Rheinland-Pfalz den Landeshaushalt in Millionenhöhe anzupfen. Im Haushaltsausschuss stimmte Rot-Grün am gleichen Tag geschlossen dafür, dass eine Rücklage von 254 Millionen Euro fließen kann – und damit Steuergeld. Mit der parlamentarischen Freigabe der Rücklage darf die Landesregierung den 330-Millionen-Euro-Kredit ihrer Förderbank ISB für den Nürburgring teilweise tilgen. Die Besitzgesellschaft kann das Darlehen nicht abtragen.

Die CDU votierte wegen ähnlicher Rechtsbedenken dagegen. Sie schlug vor, die Abstimmung zu verschieben. Die Landesregierung verwies aber auf Verzugszinsen von 47 000 Euro pro Tag zusätzlich. Aus Sicht der CDU verstoßen der Kredit und seine Tilgung gegen das EU-Beihilferecht. Die Regierung bestreitet dies: Die Investitions- und Strukturbank (ISB) sei als verlängerter Arm der öffentlichen Hand im Verhältnis zum Land „beihilfefrei“.

Beide Seiten stützen sich auf Rechtsgutachten. Gerd Schreiner (CDU) sagte, die Landesrücklage gehe „rechtswidrig“ auf eine Briefkastenfirma des wegen früherer Finanzquerelen am Nürburgring zurückgetretenen Finanzministers Ingolf Deubel (SPD) zurück.



Molka wird Landtagsdirektorin

Landtagspräsident Mertes verkündete Personalentscheidung

„Ich hatte das Glück unter zwei äußerst qualifizierten Bewerbern für den Posten des Landtagsdirektors auswählen und entscheiden zu können. Meine Entscheidung für Frau Molka ist keine Entscheidung gegen den Kollegen Dr. Glauben“, so Landtagspräsident Joachim Mertes nach der Sitzung des Landtagspräsidiums am vergangenen Mittwoch. „Das Benehmen im Vorstand zu meinem Personalvorschlag wurde mehrheitlich hergestellt“, so Mertes weiter.

Landtagspräsident Mertes legt großen Wert darauf, dass er vor der heutigen Präsidiumssitzung die beiden Bewerber, die Gleichstellungsbeauftragte, sowie die Fraktionsvorsitzenden von seiner Absicht informiert hat, Frau Ursula Molka als neue Landtagsdirektorin zu ernennen.

Der Landtagspräsident erklärte ausdrücklich, dass er seine Entscheidung „ausschließlich aufgrund der hervorragenden Eignung, Befähigung und Leistungen von Frau Molka getroffen“ hat. „Es ist nicht Ausdruck parteipolitischer Unabhängigkeit und zudem sachfremd, den Wunschkandidaten der Oppositionsfraktion zum Landtagsdirektor zu ernennen, wenn sich eine aufgrund ihrer Befähigung, Leistung und Eignung geeignetere Kandidatin um die Stelle beworben hat“, so Mertes.

In ihren Jahren im Dienst des Landes Rheinland-Pfalz habe Ministerialdirektorin Ursula Molka Berufserfah-

rung auf allen Ebenen der Landesverwaltung Rheinland-Pfalz gesammelt. Nach dem Zweiten juristischen Staatsexamen habe Frau Molka ihren Berufsweg in der Steuerverwaltung begonnen, in der sie acht Jahre arbeitete. Weitere zehn Jahre war Frau Molka in obersten Landesbehörden tätig. Von Oktober 1999 bis Dezember 2000 arbeitete sie in der Vertretung des Landes beim Bund und der Europäischen Union, von Dezember 2003 bis März 2005 leitete sie das Büro des Chefs der Staatskanzlei. In der Staatskanzlei wurde sie ab dem 1. April 2005 bis zum 14. September 2010 mit der Leitung des Referats „Personalangelegenheiten der Landesverwaltung und der Staatskanzlei, ressortübergreifende Personalplanung“ betraut. Daneben war sie stellvertretende Leiterin der Abteilung 1 „Zentralabteilung, Protokoll und Außenbeziehungen“.

Von September 2010 bis Mai 2011 war Frau Molka Leiterin der Abteilung 1 „Justizverwaltung“ im Ministerium der Justiz. Seit dem 18. Mai 2011 ist Frau Molka die Ständige Vertreterin des Chefs der Staatskanzlei und die Leiterin der Abteilung 4 „Ressortkoordination, Landtag“ in der Staatskanzlei des Landes Rheinland-Pfalz.

Sollte es zu keiner Konkurrentenklage des unterlegenen Mitbewerbers kommen, tritt Frau Molka aller Voraussicht nach Anfang September 2012 ihr neues Amt an.